

## Haushaltsrede 2021 Stadtkämmerer G. Ochs

### Miteinander durch die Krise

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ilg,  
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,  
sehr geehrte Damen und Herren,

wir bringen heute den Haushalt 2021 ein. Ich vermute stark, dass kaum ein vorangegangener Haushalt unter schwierigeren Rahmenbedingungen stand. Das Spannungsfeld zwischen der Entscheidung, trotz Pandemie- und Konjunkturbedingten, stark rückgängigen Erträgen weiter zu investieren oder einen massiven Sparkurs zu verfolgen, trieb uns im Vorfeld des Haushalts um. Bringen wir einen Haushalt ein, der hohe Einsparungen und Ertragssteigerungen beinhaltet, um die Abschreibungen erwirtschaften zu können, obwohl unsere Liquidität gut gefüllt und die Verschuldung akzeptabel ist oder gehen wir mutig voran und investieren mit Hilfe der Mittel von Bund und Land gegen die Pandemie und die Abwärtsentwicklung an, um gestärkt aus der Krise herauszukommen?

Die Erwirtschaftung der Abschreibungen und damit des Ressourcenverbrauchs ist das Grundprinzip des NKHR. Dies wird uns 2021 nicht gelingen. Wir müssten mehr als 11,6 Mio. Euro an Abschreibungen zur Deckung des Ressourcenverbrauchs erwirtschaften. Auf der anderen Seite sehen wir, dass Heidenheim wiederholt bei den Schlüsselzahlen Anteile verliert, die uns wichtige Erträge bei den Einkommen- und Umsatzsteueranteilen sichern würden.

Wir haben uns 2021 dafür entschieden, einen Haushalt einzubringen, der die Stadt in die Lage versetzt, die bereitgestellten Gelder von Bund und Land für unsere wichtigen Projekte in der kommunalen Aufgabenerfüllung „mitzunehmen“ und zu ergänzen, um die Erwirtschaftung unseres Ressourcenverbrauchs in künftigen Jahren wieder zu schaffen. Langfristig zahlen sich hohe Einwohnerzahlen und eine gesunde Wirtschaft für eine Stadt aus. Hier jetzt die Grundlage dafür zu entziehen, erachten wir als einen großen Fehler. Massive Einsparungen und Steuererhöhungen zum jetzigen Zeitpunkt wären kontraproduktiv und stärken die negativen Auswirkungen der Pandemie.

### Verhältnis Bund – Land – Kommunen

In einer ähnlichen Lage wie wir befinden sich derzeit der Bund und das Land. Auch sie kommen ohne die Aufnahme von neuen Schulden nicht aus. Und dies in einem Jahr, in dem die Schuldenbremse gelten sollte. Der Bund nimmt 218 Mrd. Euro in 2020 neue Schulden auf und 2021 nochmals 96 Mrd. Euro, so viel wie noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik. Das Land nimmt 2020 eine Rekordsumme von 13,6 Mrd. Euro auf, die im 2. Nachtrag Mitte Oktober beschlossen werden sollen.

Auf kommunaler Ebene werden die Belastungen aus der Corona-Pandemie von den kommunalen Landesverbänden auf über 4,6 Mrd. Euro berechnet. Bund und Land haben schnell reagiert und einen kommunalen Stabilitäts- und Zukunftspakt mit 4,27 Mrd. Euro (2,88 Mrd. Euro Land, 1,39 Mrd. Euro Bund) aufgelegt. Mit den Kommunen teilen sie die Lasten der Pandemie. Für die Städte und Gemeinden war dies wichtig, um Sicherheit bei den Schlüsselzahlen, einem Ersatz für wegbrechende Gewerbesteuer und Kindergartengebühren zu bekommen. Mit 1 Mrd. Euro gleicht das Land die mit der Mai-Steuerschätzung angekündigten Verluste im kommunalen Finanzausgleich 2020 aus, mit ebenfalls 1 Mrd. Euro den Rückgang bei der Gewerbesteuer. Der Bund springt im Rahmen des kommunalen Solidarpakts 2020 bei.

Den Kommunen in Baden-Württemberg brechen gegenüber der Herbst-Steuerschätzung 2019 Gewerbesteuererinnahmen von 1,9 Mrd. Euro weg. Für die Ausstattung der Schulen mit digitalen Endgeräten verdoppelt das Land die Bundesmittel um 65 Mio. Euro auf 130 Mio. Euro. Die restlichen Beträge werden für den Ausfall bei Gebühren für Kindertagesstätten, Betreuungseinrichtungen, Volkshochschulen, Musikschulen, Infektionsschutzmaßnahmen an Schulen sowie den Kosten der Unterkunft erbracht. Bei den Kosten der Unterkunft bringt die Erhöhung allein 2020 einen Betrag von 280 Mio. Euro. Dies ist bemerkenswert und zu begrüßen, da die Frage der Übernahme dieser Kosten im letzten Jahr noch zum Zerwürfnis zwischen Kommunalen Landesverbänden und dem Land geführt hat. Die Landkreise werden hierdurch entlastet und die Städte und Gemeinden mittelbar durch geringere Kreisumlagehebesätze.

Die für uns enorm wichtigen Kompensationsmittel für die Gewerbesteuerausfälle sind zwar beschlossen, aber die Verteilung beim Land noch nicht endgültig verabschiedet. Der Betrag soll so berechnet werden, dass das Gewerbesteuer-Istaufkommen der Jahre 2017 bis 2019 in Relation zum Landesaufkommen erfolgt. Die Kompensation wird allerdings wieder im kommunalen Finanzausgleich des Jahres 2022 bei der Bemessung der Schlüsselzuweisungen und der FAG-Umlage wie Gewerbesteuererinnahmen gewertet. Für 2021 ist kein Ausgleich für wegfallende Gewerbesteuererinnahmen geplant, d. h. die Kompensation in 2020 entlastet uns nur vorübergehend.

Am 5. Oktober erhielten wir vom Land die vorläufigen Orientierungsdaten für das Haushaltsjahr 2021. Dies war wieder zu spät, um sie in diesen Haushaltsentwurf einzuarbeiten. Vom 10. bis 12. November findet die Herbst-Steuerschätzung statt. Die Ergebnisse hieraus werden weitere Aufschlüsse geben. Bis dahin haben wir vielleicht auch Klarheit, wann und in welcher Höhe die Kompensationsmittel aus der Gewerbesteuer für 2020 kommen.

Der Flächenfaktor im kommunalen Finanzausgleich ist eingeführt worden. Er bedeutet für Heidenheim eine Benachteiligung gegenüber ländlichen Gemeinden. Auf Basis von 2018 sind es 87.000 Euro jährlich weniger. Hier konnte sich unser Verband leider nicht durchsetzen.

Beim Breitbandausbau hat das Land seinen Anteil von 30 auf 40 % erhöht und diese auf die 50 % des Bundes aufgesattelt. Ein entsprechendes Ausbaukonzept mit der Berücksichtigung von Schulen ist beschlossen. Die Bundesförderung ist bewilligt, auf die 40%ige Landesförderung warten wir derzeit.

### **Rückblick auf das Haushaltsjahr 2020**

Herr Oberbürgermeister Ilg ist hierauf schon in seiner Rede eingegangen. Ich ergänze noch folgende Punkte zum Nachtrag 2020:

- der Einkommensteueranteil geht um 1,1 Mio. Euro ebenfalls zurück und verdeutlicht das zurückgehende Konjunkturwachstum; verschärfend kommt eine Verschlechterung von mindestens drei Jahren bei der Schlüsselzahl hinzu, also bei der Verteilung der Mittel unter den Kommunen, bei denen wir anteilig seit Jahren Einbußen hinnehmen müssen
- insgesamt haben die ordentlichen Erträgen um 11,8 Mio. Euro nachgelassen und die ordentlichen Aufwendungen sich um 2,4 Mio. Euro verbessert, so dass das ordentliche Ergebnis um 9,4 Mio. Euro schlechter veranschlagt wurde
- wir haben im Nachtrag keine Investitionen gestrichen, sondern nur dem verzögerten Bauablauf angepasst, z. B. beim Elmar-Doch-Haus, dem Rathaus, der Hirscheckschule und der Rauhbuchschule. Zusätzlich haben wir die ersten Maßnahmen in der Karl-Rau-Halle im Nachtrag aufgenommen. Wir können hier nach der Aufnahme in das Sanierungsprogramm des Bundes für Kommunale Sportstätten 2021 grundlegende Sanierungen einplanen.
- der Finanzierungsmittelbestand verschlechtert sich im Nachtrag um 13,3 Mio. Euro statt um 10,3 Mio. Euro. Durch Verbesserungen des Jahresabschlusses 2019 kommen wir allerdings in eine bessere Liquiditätslage, die wir auch benötigen. Wenn die Kompensationsmittel noch dieses Jahr kommen, haben wir einen zusätzlichen Puffer. Wir verlagern daher die Kreditaufnahme von 2020 nach 2021, so dass sich der geplante

Schuldenstand 2020 entsprechend reduziert und bauen dadurch für die sich verschlechternde Lage vor, da wir in 2021 10,4 Mio. Euro aus der Liquidität entnehmen.

Die Ertragschwäche des Ergebnishaushalts ist nach wie vor die Schwäche unseres Haushalts. Wir müssen alles daran setzen, dies zu verändern und unsere Investitionen so zu verwenden, dass sich hier Verbesserungen ergeben.

## **Haushalt 2021**

### **1. Ergebnishaushalt**

Die Gesamterträge im Ergebnishaushalt liegen bei 148 Mio. Euro, die Aufwendungen bei 160 Mio. Euro. Einen Überschuss können wir nicht einplanen; das ordentliche Ergebnis, beträgt -11,7 Mio. Euro. Der Aufwand für Abschreibungen liegt bei 11,6 Mio. Euro. Die Erwirtschaftung der Abschreibungen, die als Synonym für den Ressourcenverbrauch stehen, gelingt 2021 nicht. Im kameralen System hätten wir eine negative Zuführungsrate von 1,56 Mio. Euro. Verbesserungen der Ertragskraft des Ergebnishaushalts haben wir eingeleitet. Die nun eingetretene Entwicklung konnte allerdings keiner vorhersehen. Dennoch würden wir noch schlechter liegen, wenn wir die umgesetzten Maßnahmen wie den Stadionverkauf, die Erhöhung der Kindergartenbeiträge, VHS-, Musikschul- und Friedhofsgebühren sowie die Erhöhung der Hebesätze nicht angegangen hätten.

Wichtigste Erträge sind trotz der heftigen Rückgänge die Steuereinnahmen und ähnlichen Abgaben. Sie liegen bei 64,5 Mio. Euro. Das sind 4,5 Mio. Euro mehr als im Nachtrag 2020, aber immer noch 1,6 Mio. Euro weniger als in der mittelfristigen Finanzplanung 2020 prognostiziert. Die Gewerbesteuer ist trotz der seit 2020 geltenden 380 Hebesatzpunkte mit nur 20 Mio. Euro veranschlagt. Ohne die Erhöhung des Hebesatzes könnten wir diesen Wert nicht ansetzen. In der Finanzplanung 2019 hatten wir noch 26 Mio. Euro für 2021 veranschlagt.

Der Einkommensteueranteil liegt bei 25,6 Mio. Euro, was 1,2 Mio. Euro mehr als der Nachtragswert von 2020 sind. Der ursprüngliche Wert vor der Corona-Pandemie lag bei 27,2 Mio. Euro. Es wird deutlich, dass wir bei dieser wichtigen Einnahmequelle 1,6 Mio. Euro verlieren. Den Umsatzsteueranteil können wir mit 6,1 Mio. Euro veranschlagen, was ähnlich hoch wie 2020 ist. Er ist nur deswegen in gleichbleibender Höhe, weil hier die Kommunen als Ausgleich für wegfallende Steueranteile aus der Kindergeldhöhung und der Erhöhung des steuerlichen Kinderfreibetrags einen entsprechenden Ausgleich über den Umsatzsteueranteil bekommen.

Bei der Kreisumlage rechnen wir mit einem etwas höheren Umlagesatz von 37 % und veranschlagen 28,3 Mio. Euro. Das sind 2,2 Mio. Euro mehr als noch 2020, aber rd. 600.000 Euro weniger als noch in der mittelfristigen Finanzplanung 2020 erwartet.

Die Schlüsselzuweisungen liegen bei 26,8 Mio. Euro, die wegen unserer Ertragschwäche wieder eine Sockelgaranziezuweisung von 736.000 Euro enthalten. Insgesamt sind die Schlüsselzuweisungen um 1,3 Mio. höher als 2020.

Unsere wichtigste Einnahmeart, die Gewerbesteuer, schwächelt hauptsächlich wegen der Corona-Pandemie. Die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich können dies nicht auffangen. Sie sind ebenfalls geprägt durch die Steuerrückgänge bei Bund und Land. Ein Ausgleich dieser Rückgänge lässt sich durch andere Erträge nicht ausgleichen. Die unterdurchschnittliche Schlüsselzahl für den Einkommensteueranteil hat sich nochmals um 3 % verschlechtert, diejenige beim Umsatzsteueranteil gar um 8 %. Aufwendungen hatten wir zuletzt 2020 gekürzt, z. B. 700.000 Euro im Ergebnishaushalt.

Beim Personal haben wir einen Aufwand von 46,5 Mio. Euro, was 700.000 Euro mehr als 2020 ist, also eine Steigerung von 1,5 %. Haupttreiber sind hier nach wie vor die Bereiche Bildung und Betreuung. Insgesamt ist dieser Bereich nach wie vor der größte Aufwandsbereich mit einem Nettoressourcenverbrauch von 28,3 Mio. Euro.

Trotz der schlechten Ausgangsdaten schlagen wir 2021 keine Steuererhöhungen vor. Wir sind überzeugt, dass die Gewerbesteuer wieder anspringt, wenn die Stadt ihre Investitionsstrategie fortsetzt.

## **2. Finanzhaushalt**

Wir investieren fast 36,5 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2021. Herr Oberbürgermeister Ilg ist auf die Investitionen bereits in seiner Rede eingegangen, so dass ich diese nicht nochmals wiederhole. Eingehen möchte ich nur noch kurz auf die Mittel für den geförderten Breitbandausbau, wo wir 3,8 Mio. Euro eingestellt haben. Der Breitbandausbau läuft weiter – Heidenheim steht für eine moderne Industriestadt und stärkt den Standort für die Anforderungen der Digitalisierung.

Insgesamt gehen unsere Investitionen deutlich über den Substanzerhalt hinaus. Allein die Bauinvestitionen kommen auf annähernd 30 Mio. Euro. Hier sind die Erschließungen in Wohn- und Gewerbegebiete enthalten. Wir steuern hier der negativen Entwicklung bei den Schlüsselzahlen entgegen.

Die größten Bereiche sind mit 8 Mio. Euro Bildung und Betreuung, 13 Mio. Euro Hoch- und Tiefbau mit Kläranlage und 10,9 Mio. Euro Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen.

Als Ergebnis haben wir aus dem laufenden Bereich einen Zahlungsmittelbedarf von 1,56 Mio. Euro. Der Finanzierungsmittelbedarf liegt bei beachtlichen 27,15 Mio. Euro, was 8,5 Mio. Euro mehr als im Jahr 2020 sind. Die Liquidität geht um 10,4 Mio. Euro zurück. Die Netto-Kreditaufnahme 2021 liegt bei 5 Mio. Euro. Das Umfeld für zusätzliche Darlehensaufnahmen ist bei 10-jährigen Zinsbindungen nochmals günstiger geworden und sie werden vom Prinzip her für Investitionen in einen gebührenfinanzierten Aufgabenbereich verwendet, weswegen wir Ihnen dies vorschlagen. Durch die zusätzliche Darlehensaufnahme rechnen wir mit einer Zinsbelastung von insgesamt 1,125 Mio. Euro. Das sind noch 695.000 Euro weniger als im Jahr 2010 und 60.000 Euro weniger als 2020. Ab 2022 steigen die zu zahlenden Zinsen wieder an, wobei wir eine Verzinsung von 2 % einkalkuliert haben. Wir gehen davon aus, dass wegen der derzeitigen EZB-Geldpolitik sich am Zinsniveau nicht viel ändern wird, was für den Schritt einer höheren Verschuldung angesichts unserer Investitionen spricht.

Die liquiden Mittel werden am Jahresende gut gefüllt sein.

## **3. Mittelfristige Finanzplanung**

2022 bis 2024 sind Investitionen von insgesamt 112 Mio. Euro vorgesehen. Die Abschreibungen steigen vorbehaltlich den endgültigen Werten aus der Eröffnungsbilanz im Finanzplanungszeitraum auf 13 Mio. Euro und erfordern mittelfristig höhere Erträge bei gleichbleibenden bzw. nur leicht steigenden Steuereinnahmen. Bereits bei der Einbringung des Haushalts 2020 war klar, dass wir ab 2021 auch ohne Pandemie die laufenden Abschreibungen nicht mehr aus laufenden Erträgen erwirtschaften können. Wir sind optimistisch, dass die Gewerbesteuer im Finanzplanungszeitraum wieder anzieht und haben steigende Erträge eingestellt. Verglichen mit der Finanzplanung des Haushalts 2019 fehlen uns hier aber immer noch unter Berücksichtigung der Gewerbesteuerumlage 9,7 Mio. Euro, also mehr als 3,2 Mio. Euro pro Jahr. Erst 2023 erreichen wir wieder die Gewerbesteuererträge, die wir bereits 2019 eingeplant hatten. Wir werden daher weiterhin auch nach der Pandemie sparsam und wirtschaftlich arbeiten müssen und die Einnahmen bzw. Erträge erhöhen. Eine Erhöhung der Grundsteuer ist daher für das Jahr 2022 vorgesehen. Spielräume für Steuersenkungen sehen wir angesichts der momentanen Situation im Finanzplanungszeitraum leider nicht.

Die Investitionen beinhalten nicht den Neubau der Städtischen Betriebe. Diesen können wir uns bei den derzeit gegebenen Zahlen schlicht noch nicht leisten. Wir konzentrieren uns weitgehend auf die begonnenen Maßnahmen und werden dort aktiv, wo es Fördermittel gibt. Dieses Programm ist noch anspruchsvoll genug, ich nenne die laufenden Sanierungsgebiete und das neue Gebiet Innenstadt mit der Rathausanierung und dem Elmar-Doch-Haus. Der begonnene Breitbandausbau in Gewerbegebieten steht mit weiteren 6,6 Mio. Euro in der mittelfristigen Finanzplanung, was mehr als 7 % des Bauvolumens sind.

Wir schaffen somit zukunftsfähige Standorte für die örtliche Wirtschaft. Die Erschließung des Gewerbegebiets Mittelfeld und die geplante Breitbandanbindung dieses Gebiets sind ebenfalls Ausdruck davon. Auch reagieren wir damit auf die Konkurrenz in der Region, wo ebenfalls Gewerbestandorte ausgewiesen werden.

Hierzu passt der in 2021 angesetzte Spatenstich für den 2. Standort der DHBW, zu dem die Stadt Heidenheim insgesamt 3 Mio. Euro beisteuert, von denen bis 2021 bereits 2 Mio. Euro geflossen sind. In den Jahren 2022 bis 2023 fließt der restliche Anteil von 1 Mio. Euro.

Um die Liquidität nicht übermäßig zu strapazieren, schlagen wir neben den Liquiditätsentnahmen ergänzend neue Darlehensaufnahmen vor. Es handelt sich um weitere 25 Mio. Euro von 2022 bis 2024. Die Zinsbelastung liegt Ende 2024 bei voraussichtlich 1,635 Mio. Euro, also immer noch unter der Belastung von 2010. Hier wirkt sich das äußerst günstige Umfeld für Kommunaldarlehen aus.

Der Schuldenstand zum Ende des Jahres 2024 erhöht sich deutlich. Wegen der Nettoneuverschuldung von „0“ in den letzten Jahren ist dies vertretbar und angesichts der derzeitigen Lage geboten. Die liquiden Mittel werden am Ende des Finanzplanungszeitraums bei ca. 9 Mio. Euro liegen.

#### **4. Risiken**

Als Risiko Nummer eins sehen wir die ungewisse konjunkturelle Entwicklung und die Ungewissheit über den weiteren Pandemieverlauf. Das prognostizierte Wirtschaftswachstum für Deutschland liegt für dieses Jahr bei - 5,8 % (Quelle: BMWi). Für 2021 werden + 4,4% vorhergesagt, also ein steiler Anstieg. Wir hoffen, dass diese Entwicklung so eintritt, denn dann wird sich unser Kurs lohnen. Verschlechtert sich der Wert wieder oder bleibt es beim derzeit schlechten Niveau, müssen wir Anpassungen vornehmen.

Die Zinsentwicklung läuft momentan eher für die Stadt, da wir neue Schulden aufnehmen müssen und diese günstig zu bekommen sind. Wir sollten nur nie vergessen, dass Schulden auch zurückzuzahlen sind. Ein gewisses Risiko in 10 Jahren bei dann auslaufenden Zinsbindungen besteht allerdings, da unsere Liquidität stark zurückgeht. Durch die Verwendung der Darlehen für kostenrechnende und damit gebührenfinanzierte Aufgabenbereiche wie die Abwasserbeseitigung stufen wir dieses Risiko als annehmbar ein.

Im Finanzplanungszeitraum haben wir nur maßvolle Steigerungsraten bei den Personal- und Sachaufwendungen zwischen 1 und 3 % eingerechnet. Bei den Bauinvestitionen ist wegen der nach wie vor guten Auslastung der Baubranche keine Prognose möglich.

#### **5. Fazit**

Der Haushaltsplan steht dieses Mal vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie. Die negativen Folgen für unseren Haushalt sind ersichtlich. Das Fundament der soliden Finanzwirtschaft wird durch die stark sinkende Liquidität und der Aufnahme von neuen Schulden strapaziert – das muss uns bewusst sein. Die Alternative hierzu bedeutet allerdings hohe Einschnitte bei freiwilligen Aufgabenbereichen mitsamt Betroffenen und Kürzungen bei überwiegend geförderten Investitionen, da wir ohnehin überwiegend geförderte Investitionen durchführen. Würden wir dies vorschlagen, wird die Stadt Heidenheim nach unserer Einschätzung geschwächt aus der Krise hervorgehen, was wir vor dem Hintergrund unserer momentan gut ausgestatteten Liquidität, der niedrigen Verschuldung und der Konjunkturprognose nicht vorschlagen werden. Nach dem Prinzip von Keynes springt der Staat in Krisenzeiten verstärkt ein, wenn die Konjunktur schwächelt. Bund und Land haben mit dem Stabilitäts- und Zukunftspakt die Richtung für die Kommunen vorgegeben.

Ein Ausscheren von Seiten der Städte und Gemeinden wäre kontraproduktiv. Mit dem eingebrachten Haushalt reichen wir die Hand zum Stabilitätspakt von Bund, Land und Kommunen für Heidenheim.

**6. Dank**

Unser Dank gilt zunächst Ihnen, Herr Oberbürgermeister Ilg, für die engagierte, besonnene und auf gegenseitiges Vertrauen basierte Führung, nicht erst seit Aufkommen der Corona-Pandemie.

Wir danken auch Ihnen, Frau Bürgermeisterin Maiwald, sowie den Kolleginnen und Kollegen Fach- und Geschäftsbereichsleitungen sowie allen Haushaltsbeauftragten. Wir sind optimistisch, miteinander diese schwierige Phase zum Wohle der Stadt Heidenheim zu meistern.

Wie jedes Jahr gilt mein besonderer Dank wieder dem Team von Herrn Edelmann, ich nenne vertretend für alle noch Frau Wendland und Frau Waibel.

Wir empfehlen den eingebrachten Haushalt zur Beschlussfassung.

Ich freue mich auf die Haushaltsberatungen und danke für Ihre Aufmerksamkeit; bleiben Sie gesund!